

## **Resolution Nr.: R**

**Antragsteller: DJV-Landesverband Sachsen**

**Betr.: Angriffe auf Journalisten verhindern**

### **Der DJV-Verbandstag 2015 möge beschließen:**

Der DJV-Bundesverbandstag verfolgt mit Sorge die in den letzten Wochen zunehmenden Attacken gegen Journalistinnen und Journalisten, die vor Ort von Demonstrationen der Pegida-Bewegung sowie anderen Gruppierungen berichten. Die permanenten „Lügenpresse“-Rufe, zu denen die Organisationen der Bewegungen die Vorlage liefern, heizen die Stimmung an. Körperliche Übergriffe auf Journalistinnen und Journalisten sind die Folge. Mehrfach berichteten zudem unsere Kolleginnen und Kollegen, dass speziell in Sachsen anwesende Polizeikräfte die Angriffe auf Journalisten mitunter nicht unterbanden.

Wer Berichtersterter an der freien Ausübung ihrer Tätigkeit hindert, verstößt gegen das Grundrecht der Presse- und Meinungsfreiheit und beschädigt den Kern der Demokratie. Gewalt gegen Journalisten, Drohungen und Hetzkommentare sind extremer Ausdruck eines gestörten Demokratieverständnisses. Die Zivilgesellschaft muss sich von den gewaltbereiten Demonstranten distanzieren und erkennen, dass schon Nichtstun zur Radikalisierung beiträgt.

Der Bundesverbandstag verlangt, dass Politik, Sicherheitskräfte und Justiz für den notwendigen Schutz der Medienvertreter sorgen und insbesondere strafrechtlich relevante Angriffe mit der gebotenen Schärfe verfolgen.

Der DJV-Bundesverbandstag drückt den vor Ort tätigen Journalistinnen und Journalisten seine Solidarität aus und ermutigt sie, ihrem journalistischen Auftrag auch unter widrigen Umständen nachzugehen. Der DJV-Bundesverband wird den Kolleginnen und Kollegen vor Ort in jeder geeigneten Weise unterstützend zur Seite stehen.

### **Begründung:**

Eine zusätzliche Begründung entfällt, da eine Annahme als Resolution angestrebt wird.

### **Begründung der Dringlichkeit:**

Seit September kommt es kontinuierlich zu den im Resolutionsentwurf genannten Übergriffen. Daraus ergibt sich aus Sicht der Antragsteller die Dringlichkeit des Antrags.

Diese Übergriffe in den letzten Wochen bereits die vor Ort tätigen Landesverbände, den MDR und den Sächsischen Zeitungsverlegerverband veranlasst, sich gemeinsam an die Öffentlichkeit zu wenden:

*„Gemeinsame Erklärung von DJV Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, MDR und Sächsischem Zeitungsverlegerverband vom 5. Oktober 2015*

### **Mehr Sicherheit für Medienvertreter**

Mitteldeutscher Rundfunk (MDR), Zeitungsverlegerverband und die DJV-Landesverbände in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (DJV) protestieren gegen die Ausweitung der Hetze und Gewalt gegen Medien, die bei den Pegida- und Legida-Aufmärschen in Dresden und Leipzig besonders augenfällig ist. Die Aufputschung von teilweise tausenden Anhängern der Bewegungen mit den Rufen „Lügenpresse“ ist nicht nur für alle Medienvertreter

unerträglich. Sie beschädigt die Demokratie, schafft eine Stimmung der Verunsicherung in der Bevölkerung und provoziert Handlungen bis hin zum Einsatz von Gewalt.

Zeitungsverleger, die Journalistenverbände und Mitteldeutscher Rundfunk fordern die Politik in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen daher auf, dem Spuk endlich entschieden entgegen zu treten. Die Medien, sowohl der MDR als auch die Tageszeitungen in Mitteldeutschland, sind trotz der permanenten Verbalangriffe durch die Pegida- und Legida-Demonstranten stets um sachliche und objektive Berichterstattung bemüht. Die andauernden „Lügenpresse“-Rufe sorgen jedoch für eine Vergiftung des Klimas, die nicht mehr hinnehmbar ist. Wer Journalisten angreift und verletzt, muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zur Verantwortung gezogen werden. Die tätlichen Angriffe der letzten Zeit sollten für die politisch Verantwortlichen in den drei Bundesländern Anlass sein, den Umgang mit Pegida-Veranstaltungen sowie ähnlichen Gruppierungen gründlich zu überdenken.

Was folgt nach einzelnen Tritten und Schlägen gegen Medienvertreter?

Die DJV-Landesverbände Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, der Sächsische Zeitungsverlegerverband und der Mitteldeutscher Rundfunk erwarten von den Innenministerien und den Polizeiorganen, dass sie Angriffe auf Journalisten unterbinden.

Wer die Meinungs- und Pressefreiheit derart beschädigt, greift die Demokratie insgesamt an. MDR, Zeitungsverlegerverband und Journalistenverbände schließen auch juristische Schritte nicht aus.“